

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. Oktober 1956

40/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. P f e i f e r, Dr. G r e d l e r und Genossen  
an den Bundesminister für Justiz und den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend den gänzlichen Nachlaß der Kosten des Strafverfahrens und des Strafvollzuges bei der Rückgabe des verfallenen Vermögens auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes vom 18. Juli 1956.

-.-.-

Der Zweck der Vermögensverfallsamnestie, die auf Grund von Ausnahmege-  
setzen verfügten Vermögenseinziehungen so weit als möglich rückgängig zu machen  
und damit auf diesem begrenzten Teilgebiet wenigstens den Rechts- und Befriedigungs-  
gedanken endlich zu verwirklichen, wird nebst anderen ungebührlichen Abzügen ins-  
besondere auch durch den Abzug der Kosten des Strafverfahrens und des Strafvoll-  
zuges in sehr vielen Fällen völlig vereitelt. Dem Amnestierten bleibt durch die  
verschiedenen Abzüge zuletzt fast nichts von dem zu erstattenden Vermögen. Dies  
aber muß zur äußersten Verbitterung und Verzweiflung der also in ihrer letzten  
Hoffnung Enttäuschten führen.

Am 22.4.1954 hat Justizminister Dr. Gerö im Sinne unserer ständigen For-  
derungen den sogenannten Stundungserlaß herausgegeben. Mit diesem wurde ange-  
ordnet, daß in den Fällen, in denen Vermögensverfall eingetreten ist, von der  
Eintreibung der Strafverfahrens- und Strafvollzugskosten vorläufig abzusehen ist.  
Die Frage des von uns geforderten gänzlichen Nachlasses der erwähnten Kosten sollte  
bei geänderter Rechtslage neuerlich geprüft werden.

Die gefertigten Abgeordneten sind nun der Meinung, daß der Abzug der Be-  
satzungstruppen und das Inkrafttreten der Vermögensverfallsamnestie eine solche  
geänderte Rechtslage darstellen. Nach § 9 Abs. 2 des Gerichtlichen Einbringungs-  
gesetzes vom 22.4.1948, BGBl. Nr. 109, können die Kosten des Strafverfahrens und  
des Strafvollzuges auf Antrag nachgelassen werden, wenn die Einbringung mit be-  
sonderen Härten für den Zahlungspflichtigen verbunden wäre oder wenn der Nachlaß  
im öffentlichen Interesse gelegen ist. In Anbetracht des Amnestiezweckes ist nun  
der Nachlaß der genannten Kosten zweifellos im öffentlichen Interesse gelegen.  
In aller Regel wird überdies die Einbringung auch eine besondere Härte darstellen.  
Außerdem wird in letzter Zeit auch der Stundungserlaß nicht mehr eingehalten;  
vielmehr werden die Haftkosten neuerlich rücksichtslos eingetrieben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für  
Justiz und den Herrn Bundesminister für Finanzen die

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. Oktober 1956

A n f r a g e:

1.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen nunmehr den gänzlichen Nachlaß der Strafverfahrens- und Strafvollzugskosten in allen jenen Fällen anzuordnen, in welchen das verfallene Vermögen zu erstatten ist oder übertragen wird (§§ 2 und 8 Vermögensverfallsamnestie), für die übrigen Fälle des Vermögensverfalles aber den Stundungserlaß vom 22.4.1954, Zl. 277-K/51-10, aufrecht-zu-erhalten und weiterhin anwenden zu lassen?

2.) Ist der Herr Bundesminister für Finanzen bereit, einem solchen Erlaß seine Zustimmung zu erteilen?

-.-.-.-.-